

Das Ende der Idylle?

Die Norweger waren ein Volk, das mit sich im Reinen schien. Das wird sich ändern. Das Land muss sich jetzt Fragen stellen, mit denen auch wir uns beschäftigen sollten. Eine Betrachtung.

Von Dietrich Herrmann

SZ.POLITIK@DD-V.DE

Die große private Landhütte ist voll von Privatgegenständen, nicht nur Geschirr und Bettwäsche, nein, alles, was man eben in einer privaten Ferienwohnung aufbewahrt, bis hin zu wertvollen oder kitschigen Erinnerungsstücken. Und dennoch ist die Hütte an einer der großen Touristenrouten unweit des Geirangerfjordes unverschlossen, an der Straße hängt das Schild „Hytt ledig“ (Hütte frei) und offen für jeden Vorbeikommenden, der für ein paar Tage ein wohliges „Zuhause“ sucht. Der ehrliche Nutzer hinterlässt die Hütte ordentlich und legt den erbetenen Geldbetrag auf den Esstisch.

Dass sich alle Norweger untereinander duzen, liegt nicht am fehlenden „Sie“ in der Sprache: Es ist Ausdruck der empfundenen Gleichheit und zugleich der emotionalen Nähe untereinander in dem von der Bevölkerungszahl her kleinen Land. Gegenseitige Solidarität zählt; das Betrügen der Gemeinschaft gilt noch als Tabu, worauf der Schriftsteller Erik Fosnes Hansen mit Blick auf den deutschen Volkssport der Rundfunkgebührenverweigerung hingewiesen hat. Auch Norwegen mit seinen knapp fünf Millionen Einwohnern kennt den politischen Streit, und doch: fehlende Bürgernähe, einer der wiederkehrenden Hauptvorwürfe an die deutschen Politiker, wird nicht beklagt.

Ein verklärtes Idealbild

Diese Phänomene der Offenheit, der Gleichheit, der Solidarität und der Nähe können als charakteristisch für die vielleicht ein wenig idealisierte Selbst- und die Fremdwahrnehmung Norwegens gelten. Kein Norweger und kein Tourist oder Freund Norwegens möchte sich gern von diesem gewiss verklärten Idealbild verabschieden, und doch scheint dies unausweichlich. Der Reichtum an Öl und Gas hat dem Land ermöglicht, bislang auf den formalen EU-Beitritt zu verzichten. Die Ablehnung der Mitgliedschaft war mehr ein symbolischer Akt, ist Norwegen doch durch die Zugehörigkeit zum Europäischen Wirtschaftsraum an vielerlei Vorgaben aus Brüssel gebunden, ohne jedoch als Mitglied der EU über deren Inhalt mitbestimmen zu können. Gleichzeitig ist eine isolationistische Vari-

ante der Idylle eine Illusion: Auch wenn Norwegen scheinbar an Europas geografischem Rand liegt, ist es durch Handel, Tourismus, Geistesleben mit Europa und der ganzen Welt untrennbar verbunden. Zu seinem weltweiten Ansehen haben nicht zuletzt diverse Vermittlungsbemühungen in Konfliktregionen, eine vergleichsweise großzügige Entwicklungshilfe sowie der jährlich vergebene Nobelpreis beigetragen.

Im Inneren kämpft Norwegen wie viele Industrieländer mit den Folgen der demografischen Entwicklung, allerdings in weit größerem Ausmaß als etwa die ostdeutschen Bundesländer: Das Schrumpfen der Bevölkerung in den ohnehin dünn besiedelten Gebieten vor allem des Nordens wird durch Transferleistungen allenfalls verlangsamt, keineswegs gestoppt. Währenddessen arbeitet nachgerade die Hauptstadt Oslo daran, wie sie mit dem rasanten Bevölkerungswachstum zurechtkommen kann, das sowohl aus Einwanderern, Binnenmigranten wie einer vergleichsweise hohen Geburtenrate resultiert. Die Folgen dieser gegenläufigen Entwicklungen für Gesellschaft und das Gemeinwesen als Ganzes sind – wie bei uns – noch offen.

Über die kulturellen Transformationsprozesse, die mit der Öffnung zur Welt und der Binnenmigration verbunden sind, wird auch in Norwegen viel gestritten, gewiss aber nicht zu jedermanns Zufriedenheit. Die zurückbleibende Verunsicherung über die weitere Entwicklung Norwegens und der westlichen Länder überhaupt bildet den Hintergrund, vor dem der Attentäter abstruse Gedankengebäude anderer aufgreift und mit seiner Entschlossenheit, tödliche Gewalt anzuwenden, verbindet.

Vollkommene Sicherheit vor solchen Taten kann es nicht geben. Die mitteleuropäischen Diskussionen über stärkere Überwachung von Internet und Mobilfunk erscheinen absurd vor dem Hintergrund des Einzeltäters, der – wohl wissend um die Überwachungen – auf elektronische Kommunikationswege für die Planung der Anschläge verzichtete. Es ist wohl mehr die Zivilgesellschaft gefragt, das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern für Gesellschaft und Gemeinwesen. Indes, so haben Kritiker in Norwegen selbst treffend angemerkt, muss die viel beschworene Toleranz gegenüber anderem Gedankengut dort Grenzen finden, wo dieses in der

Tendenz gesellschaftszerstörend wirkt.

In den Stunden und Tagen nach den Attentaten gab es beeindruckende individuelle wie kollektive Kundgebungen von Trauer, die neben der Verarbeitung des Schmerzes auch den Aspekt der fast trotzig wirkenden Selbstvergewisserung in sich trugen: Nein, man werde sich Norwegen nicht durch den Attentäter kaputt-schießen lassen; ja, Norwegen werde auf ein Mehr an Demokratie, Mehr an Offenheit und Mehr an Mitmenschlichkeit setzen.

Jugendliche mehr denn je engagiert

Indes wird erst der notwendige Übergang zum Alltag in den nächsten Wochen und Monaten erweisen, ob sich diese Bekundungen umsetzen lassen. Werden Politiker trotz erhöhter Sicherheitsmaßnahmen noch so „zum Anfassen“ bleiben, dass das „Du“ zum Ministerpräsidenten auch authentisch bleibt? Der ohnehin bestehende Trend zum Abschließen von Wohnungen und Häusern wird sich eher noch verstärken; als geradezu paradoxe Folge vor dem Hintergrund der Absichten des Attentäters könnte sich das Misstrauen gegenüber Fremden eher noch verstärken, obwohl der Attentäter aus der Mitte der Gesellschaft kommt und, wie der norwegische Journalist (und ehemalige Mitschüler des Attentäters) Peter Svaar geschrieben hat, ja eher dem Bild des freundlichen Nachbarn entspricht.

Erste Meldungen aus Norwegen deuten auf eine große Bereitschaft gerade junger Leute, sich gerade jetzt zu engagieren, auch in Parteien. Doch kann dieses Engagement mittelfristig nur dann auch erfolgreich sein, wenn es sich offensiv mit den gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Veränderungsprozessen auseinandersetzt. „Erfolgreich“ meint dabei nicht die blanke Bewahrung des „Idylls“, sondern heißt eine Fortentwicklung auf der Basis des Bestehenden. Dies könnte ein hohes Maß an Offenheit, an Demokratie, an Mitmenschlichkeit und Solidarität bedeuten, wie es sich viele Norweger mit Jens Stoltenberg an der Spitze wünschen. Eine Garantie gegen einsame Gewalttäter wäre freilich auch das nicht.

■ Unser Autor Dietrich Herrmann (48) ist Politikwissenschaftler und arbeitet als Koordinator des Sonderforschungsbereichs „Transzendenz und Gemeinsinn“ an der TU Dresden.